

Neue Ausbildungsordnung für Pfarrerinnen und Pfarrer: Inhalte zum Judentum werden bei Reformierten verbindlich

31.12.2018 | JCR

Die Gesamtsynode der Evangelisch-reformierten Kirche kam vom 22. bis 23. November zu ihrer Herbsttagung zusammen. Nach der konstituierenden Sitzung im September war dies die erste reguläre Tagung der im Frühjahr neu gewählten Gesamtsynode. Etwa die Hälfte der Synodenmitglieder sind neu. Tagungsort war die Emder Johannes a Lasco Bibliothek.

Neben zahlreichen anderen Beschlüssen hat die Evangelisch-reformierte Kirche auch eine neue Ordnung für die Ausbildung von Pfarrerinnen und Pfarrer beschlossen. Die Gesamtsynode beschloss ein neues Gesetz, dass geänderte Bedingungen des Berufsfeldes aufnimmt. Kirchenpräsident Martin Heimbucher hob besonders die Änderungen für die zweite Ausbildungsphase, das Vikariat, hervor. Ziel sei es hier, Studium und praktische Arbeit besser zu verzähnen – der Begriff für die Prüfung im zweiten Examen sei „wissenschaftliche reflektierte Praxis“.

Heimbucher wies darauf hin, dass das Theologiestudium wie bisher an einer staatlichen Hochschule absolviert werde. Die neue Ordnung gelte auch für Studierende aus der Altreformierten Kirche. Neu sei, dass die Ausbildungsordnung verbindliche Studieninhalte aus dem Themenbereich Judaistik oder jüdisch-christliches Gespräch vorsehe. Das sei unter den evangelischen Landeskirchen „noch die Ausnahme“, sagte Kirchenpräsident Martin Heimbucher. Das nun beschlossene Votum setze die bereits in der Kirchenverfassung formulierten Ansprüche um. Dort heißt es, dass es „zum Wesen und Auftrag der Kirche gehöre, Begegnung und Versöhnung mit dem Volk Israel zu suchen.“

Die Rabbinerin Ulrike Offenberg aus Hameln hatte sich am Reformationstag im Kloster Frenswegen zu dem Themenfeld geäußert. Sie sagte, trotz einer großen gemeinsamen Basis zwischen Judentum und Christentum erlebe sie unter Christen eine große Unkenntnis über das Judentum und fügte hinzu: „Unser großer gemeinsamer Reichtum muss noch entdeckt werden.“